

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Dezember 2023

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
EU-Parlament plädiert für EU-weite Anerkennung der Elternschaft und EU-Elternschaftszertifikat	1
EU-Parlament nimmt Bericht zur sozialen Eingliederung von Kindern und ihren Familien an.....	1
EU-Parlament bereitet erstmalige Regeln für digitale Plattformen mit Suchtpotential vor	1
EU-Parlament verabschiedet ersten Bericht zur psychischen Gesundheit	2
Regelungen gegen sexuellen Kindesmissbrauch im Netz.....	2
EU-Institutionen einigen sich auf Lieferkettengesetz gegen Kinder- und Zwangsarbeit	2
EGMR zu Polen: gleichgeschlechtliche Partnerschaften keine Gefährdung der Familie.....	2
EuGH: Asylanspruch afghanischer Frauen	2
EESC mit Studie und Stellungnahme über die Kosten des Klimawandels für Haushalte und Familien.....	3
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Estland: Überlegungen zu Kürzungen beim Elterngeld	3
Schweiz: Bundesrat leitet Anpassung der Witwen- und Witwerrenten an EGMR-Urteil ein	3
Schweiz: Bundesrat eröffnet Konsultation über Ombudsstelle für Kinderrechte	3
Rumänien: Anstieg häuslicher Gewalt verzeichnet.....	4
Weitere Nachrichten	4
Eurobarometer: Armut und soziale Ausgrenzung haben für die EU-Bürger:innen Priorität	4
Umfrage für Kinder zur Zukunft von Europa: „Europe Kids Want“	4
Kinder und Familien in Migration: Offener Brief von mehr als 50 NGO und neue Leitlinien	4
WHO: Verkehrsunfälle Todesursache Nr. 1 bei Kindern und Jugendlichen	5
Weltklimakonferenz: Erklärung über Kinder, Jugendliche und Klimapolitik	5
HelpAge: Diskussionspapier zur Klimagerechtigkeit.....	5
UN-Dekade für gesundes Altern: Bericht zu Fortschritten erschienen	5
Petition für eine UN-Altenrechtskonvention	6
Internationaler Tag der Menschen mit Behinderungen: Thesen zur Rolle der pflegenden Angehörigen.....	6
Papst erlaubt Segnungen von unverheirateten, geschiedenen und gleichgeschlechtlichen Paaren	6
Berichte und Studien	6
UNICEF: Studie zur Kinderarmut.....	6
Eurochild: Bericht über bedürftige Kinder in Europa	7
Projekt rEUsilience: Bericht zur Resilienz von Familien	7
EKFF: Familien und Familienpolitik in der Schweiz – Herausforderungen im Jahr 2040.....	7
Thematische Reihe: Nutzung und Folgen familienpolitischer Maßnahmen unter Migrant:innen.....	7
Datenlücken im Bereich der Elternzeitpolitik – eine vergleichende kritische Analyse.....	8
Dossier zu Equal Care	8
OECD: PISA 2022.....	8
Bevorstehende Termine	8

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Parlament plädiert für EU-weite Anerkennung der Elternschaft und EU-Elternschaftszertifikat

Das EU-Parlament hat sich für die EU-weite Anerkennung der Elternschaft ausgesprochen, unabhängig von der Art der Familie des Kindes und davon, wie das Kind empfangen oder geboren wurde. Mit 366 Stimmen gegen 145 bei 23 Enthaltungen sprachen sich die Abgeordneten am 14. Dezember für einen Gesetzesentwurf aus, der sicherstellen soll, dass die Elternschaft eines Kindes in einem EU-Land auch von den übrigen Mitgliedstaaten anerkannt wird. Damit soll sichergestellt werden, dass alle Kinder die gleichen Rechte in Bezug auf Bildung, Gesundheitsversorgung, Sorgerecht oder Erbfolge haben. Zwar sollen die Regelungen keine Änderungen im nationalen Familienrecht zur Folge haben, doch die von einem anderen EU-Staat begründete Elternschaft muss anerkannt werden und Ausnahmen dürfen nur in streng definierten Fällen möglich sein. Die Regelungen bedürfen noch der Zustimmung aller Mitgliedstaaten. Die geplante Verordnung ist jedoch nach wie vor umstritten. Gefürchtet wird von einigen Staaten, dass sie entgegen dem nationalen Recht gleichgeschlechtliche Familien anerkennen werde. Zudem wird diskutiert, ob die Regelung Leihmutterchaft legalisieren wird. Hintergrund der Regelungen ist unter anderem, dass bei ca. zwei Millionen Kindern in der EU die Elternschaft in einem anderen EU-Land nicht anerkannt wäre.

Die Abgeordneten sprachen sich zudem für die Einführung des Europäischen Elternschaftszertifikats aus, das bürokratischen Aufwand verringern und die Anerkennung der Elternschaft in der EU erleichtern soll. Es soll die nationalen Dokumente zwar nicht ersetzen, kann aber an deren Stelle verwendet werden.

- [EU-Parlament: Video der Plenardebatte](#)

EU-Parlament nimmt Bericht zur sozialen Eingliederung von Kindern und ihren Familien an

Im Anschluss an den Weltkindertag 2023 hat das Europäische Parlament einen Text für Kinder und ihre Familien angenommen. Der in Eigeninitiative erstellte Bericht zum Thema „Abbau von Ungleichheiten und Förderung der sozialen Eingliederung von Kindern und ihren Familien in Krisenzeiten“ enthält Hinweise zur Europäischen Garantie für Kinder und zeichnet einen umfassenden Fahrplan für eine integrativere Gesellschaft. Eine zentrale Empfehlung ist die Stärkung sozialer Sicherheitsnetze, um Familien vor den wirtschaftlichen Folgen von Krisen zu schützen und ihre Widerstandsfähigkeit zu stärken, damit kein Kind aufgrund finanzieller Engpässe zurückgelassen wird. Darüber hinaus hebt der Bericht die zentrale Rolle der Bildung als Katalysator für die soziale Mobilität hervor und betont die Notwendigkeit einer gerechten und inklusiven Bildung.

- [Download des Berichts](#) 

EU-Parlament bereitet erstmalige Regeln für digitale Plattformen mit Suchtpotential vor

Das EU-Parlament hat mit breiter Mehrheit eine Initiative angenommen, um das Suchtpotential digitaler Plattformen zu reduzieren. Seit letztem Jahr arbeitet der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Parlaments an einer Entschließung über die „süchtig machende Gestaltung von Online-Diensten“, die darauf abzielt, die Aufmerksamkeit der Nutzer:innen zu gewinnen, damit sie so viel Zeit wie möglich auf den Plattformen verbringen. Der Bericht wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die Regelung soll in der nächsten Legislaturperiode nach den Europawahlen im Juni ausgearbeitet werden.

- [Entschließung des EU-Parlaments vom 12.12.23 \(2023/2043\(INI\)\)](#)

EU-Parlament verabschiedet ersten Bericht zur psychischen Gesundheit

Der erste Bericht des Europäischen Parlaments zur psychischen Gesundheit fordert mehr direkte Finanzmittel, die über die 765 Millionen Euro hinausgehen, die im Rahmen der Programme Horizont 2020 und Horizont Europa zur Förderung von Forschung und Innovation zur Verfügung stehen. Im Mittelpunkt stehen Themen wie die Förderung der psychischen Gesundheit, Prävention und Frühintervention, die psychische Gesundheit junger Menschen und gefährdeter Gruppen, das Wohlbefinden am Arbeitsplatz, Systeme für psychische Gesundheit und Stigmatisierung.

- [Entschließung des EU-Parlaments vom 12.12.23 zu psychischer Gesundheit \(2023/2074\(INI\)\)](#)

Regelungen gegen sexuellen Kindesmissbrauch im Netz

Hinsichtlich des Verordnungsvorschlags für das EU-Gesetz gegen sexuellen Missbrauch an Kindern (vgl. u. a. [AGF-EuropaNews 9/23](#)) hat die EU-Kommission vorgeschlagen, die eigentlich zu ersetzende Ausnahmeregelung von der ePrivacy-Richtlinie bis August 2027 zu verlängern. Sie erlaubt es Providern, sexuellen Missbrauch von Kindern in ihren Diensten freiwillig aufzudecken und zu melden. Die Interimsverordnung dient als vorübergehende Lösung, die durch die neue, dauerhafte Verordnung verschärft werden soll. Die Diskussionen zur neuen Verordnung dauern jedoch noch an (s. [AGF-EuropaNews 11/23](#)).

Zudem haben EU-Parlament, -Kommission und Rat sich auf das weltweit erste umfassende Gesetz zu künstlicher Intelligenz geeinigt. In ihm soll die staatliche Nutzung von Gesichtsscannern und anderen „biometrischen Fernidentifizierungssystemen“ zwar grundsätzlich verboten, jedoch im Kampf gegen Kinderpornografie und terroristische Anschläge erlaubt werden.

EU-Institutionen einigen sich auf Lieferkettengesetz gegen Kinder- und Zwangsarbeit

EU-Parlament und Rat haben sich auf ein Lieferkettengesetz geeinigt. Damit sollen künftig große Unternehmen zur Rechenschaft gezogen werden können, wenn sie etwa von Kinder- oder Zwangsarbeit außerhalb der EU profitieren. Grundsätzlich gelten die neuen Regeln für Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten und mindestens 150 Millionen Euro Umsatz. Unternehmen, die nicht in der EU sitzen, fallen unter das Gesetz, wenn sie in der EU einen Umsatz von mehr als 300 Millionen Euro erzielen.

EGMR zu Polen: gleichgeschlechtliche Partnerschaften keine Gefährdung der Familie

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat entschieden, dass Polen gegen das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens verstoßen hat, indem es gleichgeschlechtlichen Paaren jegliche Form der rechtlichen Anerkennung und des Schutzes verweigert. Der EGMR erkannte zwar an, dass der Schutz der Familie im traditionellen Sinne ein legitimer Grund ist, der eine unterschiedliche Behandlung rechtfertigen könnte. Er fand jedoch keine Grundlage für die Annahme, dass die Gewährung der rechtlichen Anerkennung und des Schutzes für gleichgeschlechtliche Paare, die in einer stabilen und festen Beziehung leben, „als solche die auf traditionelle Weise gegründeten Familien schädigen oder ihre Zukunft oder Integrität gefährden könnte.“

- [Weitere Informationen zum EGMR-Urteil](#)  

EuGH: Asylanspruch afghanischer Frauen

Aus Afghanistan geflohene Frauen könnten laut einem juristischen Gutachten des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) aufgrund ihres Geschlechts Anspruch auf Asyl erhalten. Seit der Machtübernahme der Taliban im Jahr

2021 seien so viele diskriminierende Maßnahmen gegenüber Frauen erlassen worden, dass es sich um Verfolgung handle, erklärte der Generalanwalt in seinen Schlussanträgen.

EESC mit Studie und Stellungnahme über die Kosten des Klimawandels für Haushalte und Familien

In dieser Studie des European Economic and Social Committee (EESC) werden die wichtigsten klimabedingten Risiken für Haushalte in der EU untersucht, indem die Beziehung zwischen einer Reihe ausgewählter Klimarisikokennzahlen, dem Einkommen der Haushalte nach Quellen und sektorspezifischen Ausgaben quantifiziert wird. Im Vergleich zu einem Szenario ohne Klimawandel erwartet die Studie für Haushalte in der EU im Jahr 2050 Steigerungen der Gesundheitskosten um bis zu 6 Prozent und der Versicherungskosten um 10 Prozent sowie einen Rückgang des Arbeitseinkommens, vor allem in der Landwirtschaft (minus 5,5 Prozent). Insbesondere der Süden Europas wäre betroffen.

In diesem Sinne verabschiedete das EESC eine Stellungnahme, in der es betont, dass anfällige Gruppen einen proportional höheren Preis für die Folgen des Klimawandels zahlen, obwohl sie weniger dazu beitragen. In dieser Stellungnahme fordert das EESC die Entwicklung einer umfassenden politischen und sozialen Strategie der EU, um proaktiv auf den Klimanotstand reagieren zu können, wobei es den Schwerpunkt auf die sozialen Aspekte des gerechten Übergangs legt. Zu diesem Zweck empfiehlt das EESC u. a., den EU Social Climate Fund und den EU Climate Adjustment Fund durch zusätzliche Instrumente zu ergänzen.

- [EESC-Stellungnahme: Die Klimakrise und ihre Auswirkungen auf besonders schutzbedürftige Gruppen](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Estland: Überlegungen zu Kürzungen beim Elterngeld

Die estnische Regierung hat angedeutet, das Elterngeld kürzen zu wollen. Bisher bekommt ein Elternteil das volle Gehalt, bis das Kind eineinhalb Jahre alt ist. Die Regelung war 2003 wegen der niedrigen Geburtenrate in den postsowjetischen Jahren eingeführt worden. Inzwischen liegt die Rate mit rund 1,6 Kindern pro Frau im europäischen Durchschnitt.

Schweiz: Bundesrat leitet Anpassung der Witwen- und Witwerrenten an EGMR-Urteil ein

Der Bundesrat, die Regierung der Schweiz, hat den Entwurf für eine Teilrevision der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) zur Anpassung der Witwen- und Witwerrenten in die Vernehmlassung (ein gesetzliches Konsultationsverfahren) geschickt. Die Hinterlassenenleistungen sollen künftig auf die Betreuungs- und Erziehungszeit ausgerichtet und unabhängig vom Zivilstand der Eltern gewährt werden. Die laufenden Renten von über 55-jährigen Witwen und Witwern werden weiter ausgerichtet. Für jüngere Personen wird der Anspruch auf zwei Jahre begrenzt. Das Ziel der Vorlage ist es, die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) festgestellte Ungleichbehandlung von Witwern und Witwen zu beseitigen und die Hinterlassenenrenten an die gesellschaftliche Entwicklung anzupassen.

Schweiz: Bundesrat eröffnet Konsultation über Ombudsstelle für Kinderrechte

Eine Ombudsstelle soll Kinder über ihre Rechte informieren, Behörden beraten und die zahlreichen Akteure auf Bundes-, kantonaler und kommunaler Ebene vernetzen. Die rechtliche Grundlage dafür, die Verordnung über die

Förderung der außerschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (KJFV), soll angepasst werden. Eine entsprechende Vorlage hat der Bundesrat in die Vernehmlassung geschickt.

Rumänien: Anstieg häuslicher Gewalt verzeichnet

Die Zahl der gemeldeten Fälle von häuslicher Gewalt gegen Frauen sowie der betroffenen Kinder in Rumänien ist gestiegen. Ein Bericht der NGO Centrul Filia benennt, dass es im vergangenen Jahr über 90.000 Polizeieinsätze wegen häuslicher Gewalt gegeben habe. Der Bericht hebt jedoch hervor, dass Gewalt gegen Frauen und Mädchen immer noch zu selten gemeldet werde. Dies gelte insbesondere für diejenigen Opfer, die selbst Diskriminierung erfahren haben und denen das Vertrauen fehle, dass die Behörden ihnen helfen könnten. Zudem würde im Durchschnitt täglich die Vergewaltigung von acht Kindern den Behörden zur Kenntnis gebracht.

Weitere Nachrichten

Eurobarometer: Armut und soziale Ausgrenzung haben für die EU-Bürger:innen Priorität

Die europäischen Bürger:innen wünschen sich, dass der Kampf gegen Armut und das Problem der sozialen Ausgrenzung ganz oben auf der Tagesordnung des künftigen EU-Parlaments im Vorfeld der kommenden EU-Wahlen steht, so die aktuellste Eurobarometer-Umfrage. 36 Prozent der 26.523 Befragten nannten die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung an erster Stelle. Die öffentliche Gesundheit stand mit 34 Prozent im EU-Durchschnitt an zweiter, und die Bekämpfung des Klimawandels sowie die Unterstützung der Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen mit jeweils 29 Prozent an dritter Stelle. In Deutschland standen die Wahrung der Demokratie und des Rechtsstaates (43 Prozent) sowie die Zukunft Europas (37 Prozent) im Vordergrund.

- [Ergebnisse Eurobarometer](#) 

Umfrage für Kinder zur Zukunft von Europa: „Europe Kids Want“

Die Umfrage von UNICEF, Eurochild, Save the Children, ChildFund Alliance und SOS-Kinderdorf wurde im Vorfeld der EU-Wahlen begonnen und enthält Fragen zu verschiedenen Themen wie psychische Gesundheit, Partizipation und Bildung. Die Online-Umfrage ist bis zum 15. Januar für alle in der Europäischen Union lebenden Kinder im Alter von 10 bis 18 Jahren offen und ist derzeit in 15 Sprachen verfügbar.

- [Zur Umfrage](#)

Kinder und Familien in Migration: Offener Brief von mehr als 50 NGO und neue Leitlinien

Die spanische EU-Ratspräsidentschaft will die Verhandlungen mit dem EU-Parlament und der Kommission über den EU-Pakt zu Migration und Asyl vor Ende des Jahres abschließen. Etwa 56 Organisationen haben nun einen offenen Brief an die europäischen Gesetzgeber geschrieben, in dem sie im Vorfeld der abschließenden Verhandlungen Menschenrechtsgarantien in dem EU-Pakt einfordern. In ihm warnen sie, dass der EU-Migrationspakt unter anderem die willkürliche Inhaftierung von Einwanderern, auch von Kindern und Familien, normalisiere und weitere Menschenrechte in Frage gestellt würden. Unter anderem wird der neue Vorschlag kritisiert, das Mindestalter für die sogenannten Grenzverfahren im Gesetzesvorschlag von zwölf auf sechs Jahre zu

senken, sodass auch Kinder ab sechs Jahren in haftähnlichen Unterkünften an den Außengrenzen festgehalten und abgeschoben werden könnten.

Unterdessen haben der Europarat und die Agentur der EU für Grundrechte (FRA) Leitlinien zum Umgang mit minderjährigen Migrantinnen und Migranten an den Außengrenzen der EU und des Europarates veröffentlicht. Die Behörden, einschließlich der Grenzpolizei, seien gesetzlich verpflichtet, Migranten- und Flüchtlingskindern besonderen Schutz zu gewähren. So sollten Kinder grundsätzlich nicht in Haft untergebracht werden. Werden sie ausnahmsweise mit ihrer Familie dort festgehalten, müssten die nationalen Behörden nachweisen, dass es sich dabei um eine Maßnahme des letzten Mittels handele, die ergriffen wurde, nachdem überprüft wurde, dass keine andere Maßnahme, die eine geringere Einschränkung ihrer Freiheit mit sich bringt, ergriffen werden konnte.

- [Zum offenen Brief](#) 
- [Leitlinien: Children in migration – Fundamental rights at European borders](#) 

WHO: Verkehrsunfälle Todesursache Nr. 1 bei Kindern und Jugendlichen

Unfälle im Straßenverkehr sind die weltweit führende Todesursache bei Kindern und Jugendlichen im Alter von 5 bis 29 Jahren. 2021 gab es global insgesamt etwa 1,19 Millionen Verkehrstote, 5 % weniger als 2010, so ein neuer Bericht der WHO. Damit sei das bereits für 2020 angestrebte SDG (Nachhaltigkeitsziel) einer Halbierung global verfehlt worden. Die UN zielen nun auf 2030. In Europa haben Dänemark, Litauen, Norwegen, Russland und Weißrussland das Ziel erreicht. Insgesamt sei in Europa die Zahl der Todesfälle um 36 % zurückgegangen und liege nun bei 5 % der weltweiten Todesfälle (ca. 60.000). Die 5-29jährigen machen etwa ein Drittel der Todesfälle aus.

- [WHO: Global Status Report on Road Safety 2023](#) 

Weltklimakonferenz: Erklärung über Kinder, Jugendliche und Klimapolitik

Auf eine kinder- und jugendzentrierte Klimapolitik verpflichtete sich ein auf 45 Länder angewachsener Kreis aus ganz Europa und Zentralasien im Rahmen der 28. UN-Klimakonferenz in Dubai. Kinder und Jugendliche seien am wenigsten für den Klimawandel verantwortlich, hätten aber die schwerste Last seiner Auswirkungen zu tragen.

- [UNICEF: More countries affirm commitment declaration children youth and climate action](#) 

HelpAge: Diskussionspapier zur Klimagerechtigkeit

Welche Auswirkung hat die Alterung der Weltbevölkerung auf den Klimawandel? Und wie beeinträchtigen Klimawandel und Klimaschutzmaßnahmen Lebensgrundlagen, Gesundheit und Wohlbefinden der älteren Menschen weltweit? Nach Ansicht der internationalen Altenhilfsorganisation HelpAge werden diese Fragen in der Debatte über den Klimawandel nicht ausreichend berücksichtigt. HelpAge hat deshalb ein Diskussionspapier herausgegeben, in dem die Organisation aufzeigt, welche Folgen der Klimawandel speziell für Ältere hat, und vor welchen zentralen Herausforderungen die Regierungen und die internationale Gemeinschaft dadurch stehen.

- [HelpAge: Climate justice in an ageing world](#)  

UN-Dekade für gesundes Altern: Bericht zu Fortschritten erschienen

Der Zeitraum 2021–2030 wurde von den Vereinten Nationen zum Jahrzehnt des gesunden Alterns erklärt. Nun ist ein Bericht über die Fortschritte erschienen, die in den ersten beiden Jahren erreicht wurden. So hätten mehr als

60 Prozent der Mitgliedstaaten Strategien gegen Altersdiskriminierung entwickelt, und die Datenlage zum Thema „gesundes Altern“ habe sich verbessert. Als positiv bewerten die Verfasser:innen ebenfalls, dass ältere Menschen sich selbst für das Thema engagieren. Allerdings brauche dieses Engagement noch einen systematischeren Ansatz. Der Bericht enthält viele Praxisbeispiele aus aller Welt zu den vier Handlungsbereichen der Dekade.

- [WHO: Progress report on the United Nations Decade of Healthy Ageing, 2021-2023](#) 

Petition für eine UN-Altenrechtskonvention

Die Globale Allianz für die Rechte älterer Menschen (GAROP) hat eine Petition für eine UN-Altenrechtskonvention gestartet. GAROP ist ein Netzwerk von über 400 Organisationen, das sich für die Stärkung und Förderung der Rechte älterer Menschen einsetzt. Die deutsche BAGSO ist Mitglied von GAROP. Ziel der Konvention sei es, bestehende Lücken im rechtlichen Schutz älterer Menschen zu schließen.

- [Zur Petition](#) 

Internationaler Tag der Menschen mit Behinderungen: Thesen zur Rolle der pflegenden Angehörigen

Am 3. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen, hat die Disability-Plattform von COFACE Families Europe die pflegenden Angehörigen in den Mittelpunkt des Interesses gestellt. Ihnen eine entscheidende Rolle zu ermöglichen könne die Verwirklichung der in der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verankerten Rechte erheblich fördern, sofern sie angemessene Unterstützung erhalten. Eine „Thematische Stellungnahme“ von COFACE Disability wurde entwickelt, um die Bedürfnisse aller pflegenden Angehörigen stärker zu beachten und zu respektieren, und zwar über Maßnahmen zur Unterstützung des Zugangs zum Arbeitsmarkt hinaus.

- [COFACE: Thematic Note on Ageing Family Carers](#)  

Papst erlaubt Segnungen von unverheirateten, geschiedenen und gleichgeschlechtlichen Paaren

In seiner „Erklärung über die pastorale Sinngebung von Segnungen“ hat der Vatikan auf Wunsch vieler Regionen der Kirche es gestattet, nichteheliche, wiederverheiratete und homosexuelle Paare außerhalb eines Gottesdienstes zu segnen. Die Segensbitten dieser Paare sollten wertgeschätzt, begleitet und mit Dankbarkeit aufgenommen werden, denn Gott weise nie jemand ab, der oder die sich an ihn wende. Die weiterhin bestehende doktrinale und moralische Bewertung von Homosexualität dürfe nicht dem spirituellen Wunsch nach einer Segnung und der Seelsorge im Wege stehen.

- [Vatikan: Erklärung „Fiducia supplicans – über die pastorale Sinngebung von Segnungen“](#)

Berichte und Studien

UNICEF: Studie zur Kinderarmut

Die jüngste Ausgabe der Report Card des UNICEF-Forschungsinstituts Innocenti berichtet, dass in Frankreich, Island, Norwegen, der Schweiz und dem Vereinigten Königreich die Kinderarmut zwischen 2014 und 2021 stark angestiegen, während sie in Lettland, Litauen, Polen und Slowenien am stärksten zurückgegangen sei. Insgesamt

hätten 17 Länder seit 2012 das Armutsrisiko um mehr als 10 Prozent gesenkt. Vier Länder reduzierten es sogar um mehr als 30 Prozent. Die Studie vergleicht politische Ansätze dieser Staaten und identifiziert Maßnahmen, die im internationalen Vergleich besonders bewährt sind, um Kinderarmut effektiv zu reduzieren.

- [UNICEF: Kinderarmut inmitten des Wohlstands \(Zusammenfassung\)](#) 

Eurochild: Bericht über bedürftige Kinder in Europa

Dieser Bericht beruht auf den Einschätzungen von 38 Eurochild-Mitgliedern aus 26 Staaten und enthält Empfehlungen für jedes Land, wie unter anderem Kinderarmut und soziale Ausgrenzung, Diskriminierung, Gesundheit, Onlinesicherheit und frühkindliche Dienste angegangen werden können. Er bewertet zudem, ob die nationalen Aktionspläne zur Garantie für Kinder mit den Erfordernissen der Länder übereinstimmen, inwieweit der Länderbericht und die Empfehlungen des Europäischen Semesters 2023 aus der Sicht der Zivilgesellschaft auf die gelebten Erfahrungen von Kindern abgestimmt sind, und gibt einen Überblick über die Prioritäten der Beitrittsländer in Bezug auf die dringendsten Probleme für Kinder und ihre Beteiligung an EU-geförderten Projekten.

- [Eurochild: Children's rights – political will or won't?](#) 

Projekt rEUsilience: Bericht zur Resilienz von Familien

Die Universitäten von Stockholm und Oxford, die COFACE und weitere Partner haben ihre neuesten Ergebnisse aus Fokusgruppen mit über 300 Familienmitgliedern in sechs europäischen Ländern vorgestellt (Belgien, Kroatien, Polen, Spanien, Schweden und Vereinigtes Königreich). Diese Erkenntnisse geben Aufschluss über die Realitäten, mit denen Familien inmitten sozioökonomischer Risiken wie Arbeitsplatzverlust und erheblichen Betreuungspflichten konfrontiert sind.

- [Project rEUsilience: Publications](#) 

EKFF: Familien und Familienpolitik in der Schweiz – Herausforderungen im Jahr 2040

Die Eidgenössische Kommission für Familienfragen (EKFF) setzt sich für die Berücksichtigung sämtlicher Familienkonfigurationen mit ihren spezifischen Bedürfnissen in Gesellschaft, Politik und Recht ein. Dazu hat sie am 5. Dezember 2023 ihr diesjähriges Forum Familienfragen durchgeführt und gleichzeitig eine Sammelpublikation mit sechs Beiträgen von namhaften Expertinnen und Experten zu den zukünftigen Herausforderungen für die Schweiz veröffentlicht.

- [EKFF: Familien und Familienpolitik in der Schweiz](#)

Thematische Reihe: Nutzung und Folgen familienpolitischer Maßnahmen unter Migrant:innen

Diese Thematische Reihe behandelt zwei Forschungsfragen: Inwieweit beziehen familienpolitische Maßnahmen Migrant:innen und ihre Nachkommen in Europa ein und werden von ihnen genutzt? Und inwieweit fördern solche Maßnahmen die Integration von Migrant:innen in die europäischen Gesellschaften? Die Sammlung enthält sechs empirische Artikel, die entweder die Anspruchsberechtigung oder die Nutzung und die Folgen von zwei spezifischen familienpolitischen Maßnahmen untersuchen: Elternurlaub und externe Kinderbetreuung. Insgesamt zeigen die Studien, dass Migrantengruppen im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung bei der Inanspruchnahme

familienpolitischer Maßnahmen und folglich auch bei deren Nutzung und Auswirkungen auf den weiteren Lebensverlauf deutlich benachteiligt sind. Sie zeigen auch divergierende Muster innerhalb der Migrantenpopulationen. Die Länderbeispiele sind Belgien, Deutschland, Frankreich und Italien.

- [Thematic Series: Use and consequences of family policies among migrants in Europe](#) 

Datenlücken im Bereich der Elternzeitpolitik – eine vergleichende kritische Analyse

Der erste Bericht des EU-geförderten Projekts „Paid Parental Leave Policies and Social Sustainability“ (Bezahlter Elternurlaub und soziale Nachhaltigkeit) bietet einen umfassenden Überblick über Datenlücken in bestehenden vergleichenden Erhebungen und Datenbanken mit vergleichenden Indikatoren für die Urlaubspolitik sowie Verwaltungsdaten auf nationaler Ebene. Zum Beispiel wurden Datenbanken internationaler Organisationen wie der EU, dem Europarat, der OECD und der ILO kritisch analysiert.

- [Parenting leave policy data gaps: a comparative critical analysis](#) 

Dossier zu Equal Care

Das Dossier der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa beschreibt, wie die Europäische Union eine geschlechtergerechte Aufteilung von Sorgearbeit fördert. Dazu gehört insbesondere die Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige. Diese regelt EU-weite Mindeststandards zu verschiedenen Freistellungen für Sorgearbeit sowie zu flexiblen Arbeitszeiten. Das Dossier gibt einen Überblick über die Richtlinie sowie einen Einblick in die nationale Umsetzung der Richtlinie anhand von drei Länderbeispielen: Dänemark, Finnland und Portugal.

- [Dossier zu Equal Care](#) 

OECD: PISA 2022

Bei PISA 2022 wurden fast 700.000 15-jährige Schüler in 81 OECD-Mitgliedstaaten und Partnerländern in den Bereichen Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften getestet. Bei dieser Ausgabe mit Schwerpunkt auf Mathematik wurden erstmals auch Daten zu Schülerleistungen, Wohlbefinden und Gerechtigkeit vor und nach der COVID-19-Pandemie erhoben. Die Ergebnisse zeigen überwiegend eine Verschlechterung der Leistungen, wohingegen manche asiatische Länder sowie Litauen die Leistungen trotz der Pandemie halten oder verbessern konnten. Ein genereller Negativtrend bestand schon vor der Pandemie.

- [OECD: PISA 2022 results](#) 

Bevorstehende Termine

27. Dezember 2023 (online)	Frau, Leben, Freiheit – was bedeutet der Friedensnobelpreis an Narges Mohammadi?	Global Challenges Initiative, IRTV Berlin
23. Januar 2024 (online)	EU Policy Webinar on the implementation of the European Child Guarantee	COFACE Families Europe

23.-25. Januar 2024, Berlin	Berliner Demografiertage 2024: „Krisen überwinden – Politik für eine ungewisse Zukunft gestalten“	Diakonie, Population Europe, Berlin Demography Days
24. Januar 2024	Internationaler Tag der Bildung	UN-Jahrestag
27. Januar 2024	Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust	UN- und EU-Jahrestag
28. Januar 2024	Datenschutztag	EU-Jahrestag
19.-22. Juni 2024, Montreal, Canada	2024 Work and Family Researchers Network Conference	WFRN
14.-16. Nov. 2024, Malta	ICCFR Conference: “Intergenerational Perspectives in Families – Challenges and Opportunities”	ICCFR
25.-28. März 2025, Bielefeld	Call for Sessions: 11th International Community, Work and Family Conference	Universität Bielefeld und “Community, Work and Family“-Journal

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e. V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der [COFACE Families Europe](#) (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im [europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien \(TraFaDy\)](#) sowie in der [International Commission on Couple and Family Relations \(ICCFR\)](#) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin
 Tel.: + 49 (0) 30 2902825-70
 E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
 Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)



Gefördert vom:

